Judith Bernstein
Viktor-Scheffel-Str. 5
D–80803 München

Tel. 089/34 01 95 20
Fax 089/34 01 95 21
Mobile 0173/39 22 852
mail@judith-bernstein.de
www.reiner-bernstein.de

17.08.2011

Herrn
Bundesminister des Auswärtigen
Dr. Guido Westerwelle
Auswärtiges Amt

11013 Berlin

Sehr geehrter Herr Bundesminister Dr. Westerwelle,

trotz der Flut von Briefen, die Sie sicherlich anlässlich des bevorstehenden Antrags zur Aufnahme Palästinas in die Vereinten Nationen erhalten, hoffe ich sehr, dass Sie die Zeit für meinen Brief finden.

Mich beschäftigt der Konflikt zwischen Israel und den Palästinensern nicht nur politisch, sondern auch persönlich. Mit wenigen Ausnahmen lebt meine gesamte Familie (inkl. meiner jüngeren Tochter) in Israel. Ich sehe mit Sorge, dass die Regierung Israels durch ihre Politik die Zukunft des Staates gefährdet. Auch wir Juden in der sogenannten Diaspora bleiben von aggressiven Stimmungen gegenüber Israel nicht verschont, die auf dessen Politik zurückführen sind.

Aufgrund der deutschen Geschichte meiner Familie, die 1935 ihre Heimat in Richtung Palästina verlassen musste, weiß ich die normalen diplomatischen Beziehungen auf besonderem historischem Hintergrund zu Israel zu würdigen. Doch die deutschen historischen Belastungen können kein Anlass sein, dass der israelischen Besetzung der palästinensischen Gebiete und der Abriegelung Gazas kein Einhalt geboten wird. Von ihrer Fortdauer sind nicht nur die Palästinenser betroffen, sondern auch die Israelis selbst. Das zeigt sich jüngst bei den Demonstrationen, auch wenn der Zusammenhang zwischen den Sozialprotesten und der Besatzung noch nicht allen Israelis klar ist.

Nach dem jahrzehntelangen Niedergang des Friedensprozesses ist die Anerkennung Palästinas für viele Menschen in der Region ein Anlass zu politischer Hoffnung. Deshalb verstehen sie nicht, warum die Bundesregierung, die seit Jahren für die Zwei-Staaten-Lösung plädiert, sich jetzt gegen die Aufnahme Palästinas als Vollmitglied in die Vereinten Nationen wehrt. Natürlich wird die Besatzung mit diesem Schritt nicht sofort beendet sein. Aber die formale Unabhängigkeit wird neue politische und völkerrechtliche Chancen eröffnen sowie in der palästinensischen Gesellschaft eine Dynamik des Aufbaus in Gang setzen. Sollte die Aufnahme in die UN jedoch scheitern, dürften die Palästinenser das Vertrauen in die Regierung von Präsident Abbas verlieren – mit unabsehbaren Konsequenzen, vor denen Israel nicht verschont bleiben wird.

Die Regierung von Präsident Barack Obama ist mit massiven inneren Problemen befasst. Deshalb sollte die Bundesregierung im europäischen Konzert eine zentrale Führungsrolle für die Regelung des Nahostkonflikts übernehmen, schließlich genießt sie auf beiden Seiten hohes Ansehen. Angesichts der Umbrüche in der arabischen Welt mit ungewissem Ausgang sollte der israelisch-palästinensischen Konfrontation höchste Aufmerksamkeit zukommen.

Deshalb bitte ich Sie, sehr geehrter Herr Bundesaußenminister, die frühe ablehnende Entscheidung der Bundesregierung nochmals zu überdenken.

Ich danke Ihnen und verbleibe
mit freundlichen Grüßen
gez. Judith Bernstein

-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-

Antwort des Auswärtigen Amtes am 02. September 2011:

Sehr geehrte Frau Bernstein,

vielen Dank für Ihren Brief vom 16.8.2011, in dem Sie für eine Aufnahme Palästinas in die Vereinten Nationen plädieren. Das Büro von Minister Westerwelle hat das Nahostreferat des Auswärtigen Amtes gebeten, Ihnen zu antworten.

Die Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts, der Sie auch in persönlicher Hinsicht betrifft, ist eine der außenpolitischen Prioritäten der Bundesregierung.

Dabei verfolgen wir das Ziel einer Zwei-Staaten-Lösung mit Israel und einem unabhängigen palästinensischen Staat, die in Frieden und Sicherheit Seite an Seite leben. Dieses Ziel kann nach Überzeugung der Bundesregierung nur durch Verhandlungen zwischen den Konfliktparteien erreicht werden. Es muss es schnell zu einer Wiederaufnahme von Verhandlungen auf der Grundlage klarer Verhandlungsparameter kommen. Darauf arbeiten wir im Kreis der EU hin und unterstützen die diesbezüglichen Bemühungen der Hohen Repräsentantin Catherine Ashton als Vertreterin der EU im Nahost-Quartett. Die EU hat sich zu den Verhandlungsparametern in den Ratsschlussfolgerungen von Dezember 2009 und 13.12.2010 positioniert. Ich füge diese als Anlage bei.

In ihren Ratsschlussfolgerungen vom 13.12.2010 und vom 23.05.2011 haben die Außenminister der Europäischen Union außerdem ein deutliches Signal für eine Fortsetzung von Verhandlungen mit dem Ziel der Zwei-Staaten-Lösung gesetzt. Zur Frage einer Anerkennung eines palästinensischen Staates haben die Außenminister erneut die Bereitschaft der EU bekräftigt, im Kontext eines Verhandlungsprozesses zu gegebener Zeit einen palästinensischen Staat anzuerkennen. Sie haben auch die klare EU-Haltung zur Siedlungsfrage unterstrichen und die Situation im Gazastreifen zum wiederholten Male in den Blick genommen.

Die Bundesregierung war nicht nur maßgeblich am Entstehen sowohl dieser als auch der vorherigen Erklärungen beteiligt, sie setzt auch ihr Engagement zum Aufbau staatlicher Strukturen in den palästinensischen Gebieten in enger Abstimmung mit Premierminister Fayyad entschieden fort.

Die palästinensische Führung hat sich noch nicht abschließend festgelegt, welche Ziele sie in welchen Gremien der Vereinten Nationen verfolgen will. Wir sind uns mit unseren Partnern in der Europäischen Union einig, dass konfrontative Szenarien nicht weiterhelfen und stattdessen glaubwürdige politische Perspektiven aufgezeigt werden müssen. Daran arbeitet die Bundesregierung aktiv mit.

Die Bundesregierung wird nicht nachlassen, auf eine Lösung des Nahostkonflikts hinzuarbeiten.

Mit freundlichen Grüßen,

Kathrin Misera-Lang

Dr. Kathrin Misera-Lang

Arbeitsstab Palästinensische Gebiete Task Force Palestinian Territories

Auswärtiges Amt Federal Foreign Office

Tel. 030-5000 2609 Fax 030-5000 52609 email 310-8-0@diplo.de

-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-